

Der Freisinn

6377



Nr. 11
November 1980
2. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Parteipräsident Richter zu Bundesfinanzen und «Jugend»-Unruhen

Nach dem heissen Sommer ein heisser Herbst?

In seiner politischen Lagebeurteilung an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz nahm Parteipräsident Yann Richter auch zu einigen aktuellen Fragen Stellung. Wir veröffentlichen nachstehend auszugsweise seine Ausführungen zu den beiden Themenkreisen Bundesfinanzen und «Jugend»-Unruhen.

Stehen wir am Ende eines heissen Sommers, oder steht uns ein heisser Herbst bevor? Der heisse Sommer — das Problem der sogenannten Jugendunruhen scheint zumindest teilweise bereinigt zu sein. Dafür könnte es in den nächsten Monaten zu heissen finanzpolitischen Auseinandersetzungen kommen. Was letztere angeht, haben wir Freisinnigen schon längst eine klare Linie eingenommen. Wir haben aber auch einen unmissverständlichen Wählerauftrag erhalten, den wir auch erfüllen werden.

Betroffenheit ausgelöst

Doch vorerst einige Bemerkungen zu den Ereignissen in einigen unserer Städte. Die Unruhen in Zürich und anderswo lassen sich — trotz allen Bemühungen «einschlägiger» Wissenschaftler und einiger weniger Medienvertreter — nicht zu revolutionären Strömungen von der Art der 68er Wirren hochspielen. Damit sollen allerdings die Ereignisse nicht verniedlicht werden. Sie lösten Betroffenheit aus. Es ist unerlässlich, dass die Hintergründe aufgedeckt werden, obwohl die für den Protest und die Demonstrationen angegebenen Gründe stets gewechselt haben. Der Delegiertenrat der Partei hat bereits zu einem früheren Zeitpunkt die auf Initiative unseres alt Nationalrats Dr. Theodor Gut ins Leben gerufene Eidgenössische Jugendkommission aufgefördert, die Ursachen abzuklären. Die Kommission, die einen neuen (freisinnigen) Präsidenten, Guy-Olivier Segond, erhalten hat, wird sich dieser Aufgabe annehmen.

Gegen Rückfälle ins Faustrecht

In den unterschiedlichen Motivationen für die Proteste liess sich auch nie eine tragende Idee erkennen, dafür aber eine teilweise zerstörerische und anarchistische Grundhaltung. Gegen diese wenden wir uns mit aller Deutlichkeit. Wir erwarten, dass die Behörden keine Rückfälle ins Faustrecht dulden. Aufs schärfste müssen wir auch alle Tendenzen verurteilen, den Willen einer kleinen Minderheit mit den Mitteln der Gewalt, des Rechtsbruchs und der Drohung durchsetzen zu wollen. Unser Staatswesen kann nur dann bestehen, wenn die Prinzipien einer demokratischen Ordnung respektiert werden. Die Begehren der Jugendlichen aber dürfen, soweit sie berechtigt sind, nicht überhört werden. Auch wenn sie neu sind und nicht den traditionellen Konventionen entsprechen mögen. Es ist das legitime Recht

Fortsetzung auf Seite 5



Erfolgreicher Besuch der Zürcher-Freisinnigen bei den Waadtländer Parteifreunden. Rund 130 Mitglieder der FDP des Kantons Zürich besuchten am Wochenende vom 18./19. Oktober die Waadtländer Parteifreunde und erlebten zwei bestens gelungene, unterhaltsame Tage. Einen Bildbericht darüber finden Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe. Der Gegenbesuch der Waadtländer in Zürich ist für den 23./24. Mai 1981 geplant, ein Datum also, das sich jedes Zürcher Parteimitglied sofort im neuen Kalender reservieren sollte. Unser Bild zeigt Bundespräsident Georges-André Chevallaz in angeregtem Gespräch mit Mitgliedern der Zürcher Kantonalpartei.

Parolen der FDP Schweiz

Aufhebung des Kantonsanteils am Reinertrag der Stempelabgaben	Ja
Neuverteilung der Reineinnahmen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung	Ja
Revision der Brotgetreideordnung	Ja
Bundesgesetz über den Strassenverkehr (Sicherheitsgurten und Schutzhelme)	Ja

Die Zukunft der Schweizer Wirtschaft ist nicht mehr das, was sie einmal war

Wie neue Probleme bewältigen?

In der Sommersession reichte Ständerat Dr. Hans Letsch eine Interpellation ein, in der er vom Bundesrat Aufschluss über dessen Haltung zu den Berichten der «Drei Weisen» verlangt. In der September-Nummer des «Freisinn» haben wir den Wortlaut des Vorstosses publiziert sowie eine Umfrage über die Arbeit der «Drei Weisen» durchgeführt. Obwohl der Expertengruppe Wirtschaftslage inzwischen die Ehre einer stillen Beerdigung zuteil wurde, verdienen die grundsätzlichen Ausführungen des Aargauer Standesherrn Beachtung:

Es geht nicht um Kritik an Entschieden der Vergangenheit, sondern um die Bewältigung der Zukunft, also — wie es in der Interpellation heisst — um eine Stellungnahme im Hinblick auf «neue» Forderungen und «künftige» Anpassungen. Die imposante Leistung der sozialen Marktwirtschaft spiegelt sich in unserem Land in einem höheren und breiter gestreuten materiellen Wohlstand als andernorts. Diese privilegierte Stellung sollte uns, ohne Schockwirkungen in Kauf nehmen zu müssen, die Bewältigung der wirtschaftlichen Strukturprobleme erleichtern. Hiezu sind in unserer Wirtschaftsordnung primär die Unternehmer und die Sozialpartner aufgerufen. Der Staat kann den Anpassungsprozess aber erleichtern oder — mit voreiligen Interventionen, übermässigen Steuern u. a. — erschweren. Bezogen auf die den Expertengutachten der «Drei Weisen» entnommenen Beispiele ergäben sich insbesondere die folgenden zwei Konsequenzen:

Völkswirtschaftliche und demographische Aspekte nicht vergessen

Erstens: Die völkswirtschaftlichen und demographischen Aspekte der Sozialversicherung dürfen nicht mehr länger vernachlässigt werden. Es ist unverständlich, dass der Bundesrat seit Jahren parlamentarische Vorstösse, die ihn zu einer entsprechenden Stellungnahme auffordern, schubladisiert und dass er so tut, als ob mit einem Schuldentransfer aus der Bundeskasse in die AHV-Kasse dieses Sozialwerk langfristig konsolidiert sei. Ohne den Grundsatz der Versicherung

preiszugeben, wird der gezieltere Einsatz der verfügbaren Mittel immer wichtiger. Die Giesskanne hat ausgedient!

«Denkpause» bei der Indexierung?

Zweitens: Je mehr Leistungen irgendwelcher Art (Löhne, Renten, Subventionen etc.) automatisch und starr an den Index der Konsumumentenpreise gebunden werden, um so mehr beschneiden wir unsere Möglichkeiten, die jeweiligen volkswirtschaftlichen Gegebenheiten angemessen zu berücksichtigen. Wir legen uns selber Fesseln an und lösen unheilvolle Spiralwirkungen aus. Diese werden noch dadurch verstärkt, dass auch indirekte Steuern in den Lebenskostenindex eingehen und wir neckischerweise über die an diesen Index gebundenen höheren Löhne den für staatliche Leistungen entrichteten Preis wieder zurückerstattet erhalten — ein «volkswirtschaftlicher Unsinn von monumentalem Ausmass», wie sich die «Neue Zürcher Zeitung» einmal ausgedrückt hat. Ich stelle mit Genugtuung fest, dass anlässlich unserer Diskussion über die Teuerungszulagen für das Bundespersonal in der Sommersession dieses Jahres sogar Frau Lieberherr sich nicht grundsätzlich gegen eine solche — wie sie sagte — «Denkpause» bezüglich der Indexierung ausgesprochen hat. Sie wünschte lediglich, derartige Fragen sollten vorerst unter den Sozialpartnern besprochen werden. Der Bundesrat hätte jetzt also Zeit, solche Gespräche anzuregen und selber aufzunehmen, damit wir dann ein nächstes Mal nicht wieder aus Verfahrensgründen gewissermassen unter

Vollzugszwang stehen. Zu Recht schrieben die «Drei Weisen»: «Formeln, die sich bewährt haben, einen rasch wachsenden Wohlstand zu verteilen, können dann versagen, wenn es gilt, sich mit der Stagnation oder gar abnehmendem Wohlstand abzufinden.»

Keine Rezepte, jedoch Problembewusstsein

Es ist töricht, den Wunsch nach rechtzeitiger Klärung brennender volkswirtschaftlicher Fragen als Angriff auf den sozialen Frieden abzutun, wenn man weiss, dass dort, wo allzu lange dem Wahn der unbegrenzten Möglichkeiten gefrönt wurde, die Arbeitnehmer und die Wirtschaft durch massive und anhaltende Reallohninbussen, Streiks und Arbeitslosigkeit arg geschüttelt werden. Vom Bundesrat erwarte ich heute keine Rezepte. Indessen hoffe ich zuverlässig, dass er erstens sich der aufgezeigten längerfristigen Probleme bewusst ist und zweitens sich in seinem Einflussbereich entsprechend verhält. Solches Verhalten ist mit eine Voraussetzung, damit die soziale Marktwirtschaft die Zukunft ebenso erfolgreich zu bewältigen vermag, wie sie die Vergangenheit gemeistert hat.

FDP gratuliert F. D. P.

Hoffnung auf Verstärkung des liberalen Elements ausgedrückt

In einem Telegramm hat die FDP der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (F. D. P.) zu deren Erfolg in den Wahlen in den Deutschen Bundestag gratuliert. Die FDP wünscht der F. D. P. zudem viel Erfolg bei der Durchsetzung des übernommenen grossen Wählerauftrags. Wie es in dem von Parteipräsident Yann Richter unterzeichneten, an den Vorsitzenden der F. D. P., Vizekanzler und Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher, gerichteten Schreiben heisst, kann die gestärkte F. D. P. «nicht nur ihre moderierende Funktion weiter ausüben, sondern das liberale Element verstärkt zur Geltung bringen, sich als Sachwalterin der Vernunft an der Regierung beteiligen und so zur Verhinderung sozialistischer Experimente beitragen».

Ihre Eigenheim-Finanzierung nach Mass — mit der SKA



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT SKA

Sind die jungen Schweizer konservativ?

Zwiespältige Ergebnisse der pädagogischen Rekrutenprüfung 1979

Die Mehrheit der jungen Schweizer befürwortet den Bau weiterer Kernkraftwerke, lehnt eine Totalrevision der Bundesverfassung ab und spricht sich gegen einen Beitritt der Schweiz zu den Vereinigten Nationen aus. Dies sind einige Rosinen aus dem Bericht über die pädagogischen Rekrutenprüfungen des vergangenen Jahres. Muss daraus der Schluss gezogen werden, die heutige Jugend sei wieder zunehmend konservativ geworden und verhalte sich gegenüber Aenderungen in Staat und Gesellschaft abwartend bis ablehnend?

Die Ergebnisse der pädagogischen Rekrutenprüfungen sind insofern mit Vorsicht zu geniessen, als darin nur die wehrpflichtigen Jugendlichen männlichen Geschlechts eines bestimmten Jahrgangs erfasst wurden. Keine Antwort erhalten wir über die Einstellung der Mädchen, der nicht diensttauglichen Männer sowie der «umliegenden» Jahrgänge, die die Rekrutenschule entweder noch nicht oder schon absolviert haben, aber immer noch zur Jugend gezählt werden müssen.

Informationslücken

Das Ergebnis der Befragung wird auch dadurch relativiert, dass die erfassten Rekruten in den verschiedenen Bereichen, in denen sie befragt wurden, zum Teil beträchtliche Informationslücken aufweisen. Auch weisen sie dem politischen Geschehen eine eher untergeordnete Bedeutung zu: Während beispielsweise Lebensbereiche wie «Freizeit», «Freunde und Bekannte» sowie «Arbeit und Beruf» von über 90 Prozent der Befragten als sehr wichtig eingestuft wurden, wird die Politik zusammen mit dem «Verhältnis zu Gott» nur von rund 40 Prozent der Befragten als sehr wichtig taxiert. Die in der Rekrutenprüfung auch gestellte Frage nach dem politischen Inter-

esse ergab ein gutes Drittel Interessierter, während zwei Drittel der Politik mehr oder weniger gleichgültig gegenüberstehen.

Auffallend ist schliesslich auch der Prozentsatz jener Rekruten, die — über die Zukunft unseres Landes befragt — mit «ohne Meinung» antworteten. Dies führt die Verfasser des Berichts zur Annahme, dass sich die Jungen entweder für politische Fragen gar nicht interessieren oder dass sie nicht darauf vorbereitet wurden, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen.

BV-Totalrevision?

Aus der reichen Fülle der Ergebnisse der 79er Prüfung seien hier nur einige wenige herausgegriffen. Die Bereitschaft für eine Totalrevision der Bundesverfassung haben lediglich 37 Prozent der Befragten bekundet, wobei im Vergleich zu einer ähnlichen Befragung im Jahr 1972 ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist. Die Begründungen für eine BV-Totalrevision stützen sich weniger auf konkrete Kenntnisse des Verfassungsentwurfs als auf vage Pauschalurteile wie Ueberalterung, Uneinheitlichkeit und sprachliche Mängel der geltenden BV. 28 Prozent der Rekruten schliesslich sprechen sich für Teilrevisionen aus, weil die Reform der kleinen Schritte leichter und rascher realisierbar sein.

Aufschlussreich sind auch die Angaben darüber, inwieweit den Rekruten die geltende BV bekannt ist. Zwar geben etwas mehr als zwei Drittel an, schon in der BV gelesen zu haben, doch sind nur knapp die Hälfte dieser Rekruten in der Lage, drei Bestimmungen oder Artikel der geltenden BV zu nennen.

Unbeliebte Energiesteuer

Nennenswerte Informationslücken weisen die befragten Rekruten im Bereich der heutigen und künftigen Energieversorgung auf. So weiss etwas mehr als die Hälfte aller Befragten, dass das

Ergebnisse einer Umfrage

Für einheitlichen Schuljahresbeginn

Ein einheitlicher Schuljahresbeginn würde in der Schweiz nicht am Widerstand der Bevölkerung scheitern. Andererseits dürfe der heutige unterschiedliche Schulbeginn aber auch nicht überbewertet werden, denn nur 16 Prozent der Erwachsenen in unserem Land glauben schon Nachteile durch die gegenwärtige Regelung erfahren zu haben.

Für die grosse Mehrheit von 84 Prozent hatten die Unterschiede im Schuljahresbeginn noch nie nachteilige Folgen. Zu diesem Fazit gelangt eine vom Marktforschungsinstitut Publitest AG bei 1000 repräsentativ ausgewählten Schweizerinnen und Schweizern durchgeführte Umfrage, wobei man feststellen wollte, wie die Bevölkerung auf Aenderungen des Schuljahresbeginns im Sinn einer Vereinheitlichung reagieren würde.

Gegen eine Verlegung des Schulbeginns auf den Herbst — davon wären 86 Prozent der in der Deutschschweiz Befragten betroffen — hätten 66 Prozent nichts einzuwenden, 17 Prozent hatten keine Meinung, und nur 16 Prozent wären mit einer Verlegung vom Frühling auf den Herbst nicht einverstanden.

Auch eine Verschiebung des Schulbeginns auf den Frühling würde entsprechend der Umfrage in der Bevölkerung von Gebieten mit heutigem Herbstschulbeginn wenig Widerstand erzeugen. So wären nur 26 Prozent der Welschen und 35 Prozent der Tessiner sowie 29 Prozent der Deutschschweizer, in deren Gegend das Schuljahr heute im Herbst beginnt, gegen einen Schuljahresbeginn im Frühling, während jeweils über 70 Prozent dafür wären oder keine Meinung vertreten. Ein einheitlicher Schuljahresbeginn scheitert also — so das Fazit der Umfrage — nicht am Widerstand der Bevölkerung.

Erdöl unser Hauptenergieträger ist; nur einem guten Fünftel ist bekannt, dass die Industrie nicht Hauptkonsument der Energie ist. Weniger als die Hälfte schliesslich schätzt den Anteil der Kernenergie an der schweizerischen Elektrizitätsproduktion richtig ein.

Die grosse Mehrheit sieht die Zukunft der Energieversorgung in einem Ersatz des Erdöls durch andere Energien, wobei allerdings die Befragung keine Auskunft gibt, durch welche Energieträger dieser Ersatz zu leisten wäre. Nur ein Viertel verspricht sich vom Sparen einen Erfolg, während eine belanglose Minderheit von drei Prozent das Heil in einer Energiesteuer sieht.

In der Minderheit befinden sich schliesslich jene Rekruten, die den Bau weiterer Kernkraftwerke unbedingt ablehnen: von den Befragten sind 50 Prozent für den Bau weiterer Werke, sofern deren Notwendigkeit gegeben ist, 36 Prozent sind dagegen, und 14 Prozent lieferten keine Stellungnahme. Erwähnenswert ist, dass 12 Prozent der Befragten angaben, unter dem Eindruck des Unfalls von Harrisburg ihre Meinung geändert zu haben.

Föderalisten und Uno-Gegner

Die Fragen über die politische Zukunft unseres Landes geben weitere Aufschlüsse über die Hal-

Rege diskutierte Rentner-Studie

Was vor einem Jahr im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen noch einen grossen Wirbel auslöste, wird heute mit relativer Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Und dies, obwohl die Studie «über die wirtschaftliche Lage der Rentner in der Schweiz», die nun vollumfänglich vorliegt und publiziert wurde, an den Grundtendenzen nichts ändert, wie sie bereits in den heftig angefochtenen Teilergebnissen skizziert wurden. «Der Freisinn» hat auf diese Tatsache bereits in einem Beitrag des Autors der Untersuchung, Dr. Willy Schweizer, in der August-Nummer hingewiesen. In einer der nächsten Ausgaben wird «Der Freisinn» eingehender auf den Bericht eingehen, der, wie so-

gar der SP-Pressedienst feststellen musste, «imposant» ist.

Die Studie ist im Buchhandel erhältlich und umfasst einen Textband von 350 Seiten sowie einen Tabellenband von 300 Seiten (Verlag Paul Haupt). Während der Tabellenband sich mehr an die Spezialisten richtet, ist der eigentliche Untersuchungsbericht, da leicht lesbar, für jedermann «verdaulich». Er enthält neben der Gesamtdarstellung eine eingehende Analyse der wirtschaftlich bedrängten Rentner, weist die Bedingungsfaktoren nach, die zu einer wirtschaftlich schwierigen Situation führen, und zeigt Möglichkeiten auf, wie solche Probleme gelöst werden könnten.

tung der Rekruten zu aktuellen Problemen. So lässt sich etwa eine ausgesprochen föderalistische Tendenz feststellen: rund 50 Prozent sind dagegen, dass die Rolle des Bundes im Verhältnis zu den Kantonen und Gemeinden an Bedeutung zunimmt, während lediglich 23 Prozent diese Entwicklung befürworten. Gleich viele Befürworter wie Gegner findet die Frage nach der Umwandlung von Halbkantonen in vollwertige Kantone, während die Parteienfinanzierung gar keine Begeisterung auszulösen vermochte: nur 13 Prozent stehen einem solchen Vorhaben positiv gegenüber, 64 Prozent lehnen es ab. Was den Beitritt der Schweiz zur Uno betrifft, so wird er von 29 Prozent der Befragten befürwortet und von 36 Prozent abgelehnt, während ebenfalls 36 Prozent sich zu dieser Frage noch keine Meinung gebildet haben.

Lehren ziehen

Es fällt schwer, aus der Rekrutenbefragung 1979 klare Schlüsse zu ziehen. Vor allem ist es oberflächlich, der heutigen Jugend generell eine konservative Tendenz nachzusagen, sind doch die Befragungsergebnisse, wie weiter oben dargelegt wurde, zu wenig repräsentativ. Ein Aspekt verdient es jedoch, von den Parteien, den Politikern, den Erziehern sowie von der Presse und den Massenmedien besonders zur Kenntnis genommen zu werden: der grosse Prozentsatz jener Befragten, die zu aktuellen Problemen keine Meinung hatten oder sonst einen Informationsrückstand bekundeten. In diesem Punkt und weniger in der konservativen Einstellung der jungen Schweizer sollte die Erkenntnis der 79er Prüfungen liegen. Aus dem grossen politischen Desinteresse der Jugendlichen müssen die Lehren gezogen werden.

Zu Hubachers persönlichen Angriffen: Verständliche Verärgerung

Dort, wo die Argumente fehlen, da ist zur rechten Zeit ein Schimpfwort da — so kann man in Anlehnung an ein bekanntes Zitat von SP-Präsident Helmut Hubacher Anwürfe abbuchen. Das genügt. Denn interessanter als Hubachers jüngerer Zornesausbruch, als er den Schreibenden Lügner titulierte, sind zwei weitere, neueste Belege dafür, wie man seitens prominenter SP-Leute die sogenannten Zürcher Jugend-Unruhen handhabt.

Da trat in einer üblen Manipulationssendung des Ersten Deutschen Fernsehens der Genfer SP-Nationalrat Jean Ziegler auf und stilisierte die Zürcher Krawallbruderschaft flugs zu hehren Streitern gegen die verurteilten Grossbanken; die rassistischen Diktaturen und die «Foltergeneräle» empor — wobei der Wackere nicht etwa diejenigen im Ostblock meinte. Er sprach dann von der Möglichkeit der Bildung einer Roten-Armee-Fraktion Schweiz und bezeichnete die bewaffnete sogenannte Gegengewalt ausdrücklich als berechtigt. Gewalt als Mittel der Politik also.

Ein weiteres Musterchen stammt vom Zürcher SP-Parteisekretär Peter Macher. Man erinnert sich noch an jene arrogant-aggressive Dame, die in einer zum Skandal ausgearteten Fernsehsendung unter dem Pseudonym «Frau Müller» auftrat und danach ziemlich ins Schussfeld geriet. Den SP-Sekretär kümmern zwar die Hunderte von Geschädigten und die zahlreichen verletzten Polizisten in Zürich nicht im geringsten. Aber sein warmes Herz schlägt heftig für die ach so bedauernswerten «Frau Müller», und so hat er denn im Zürcher Gemeinderat eilends folgende Schriftliche Anfrage eingebracht: «Nicht zuletzt durch die Bekanntgabe des Namens von Frau Müller ist diese nun unerträglichen Belästigungen, Drohungen und Verfolgungen ausgesetzt. Spinner, Faschisten und Rechtsfreisinnige inszenieren zusammen mit ihren(!) Medien eine der schlimmsten Hetzkampagnen gegen diese Mitbürgerin. Ich fordere den Stadtrat auf, alles ihm Mögliche zu unternehmen, um diesen Machenschaften Einhalt zu gebieten.» Jene, die ihn dauernd angeifern, sorgsam zu behüten, dazu wäre dieser dauernd verlästerte bürgerliche Staat offenbar wieder gut genug. Und einmal mehr: Wie empfindsam doch ausgerechnet jene reagieren, die kein Wort darüber verlieren, wenn ein Polizist von Randalierern in die Limmat geworfen wird.

Das alles gehört ins Bild, das die SP-Politik zum Thema der sogenannten «Jugend»-Unruhen heute bietet. Es ist wahrhaftig ein klägliches Bild, gegen das auch Teile der eigenen Basis mit Recht rebellieren. So habe ich denn auch ein gewisses Verständnis für Hubachers Verärgerung, wenn man dieses Bild in der Öffentlichkeit präsentiert. Rudolf Friedrich, Nationalrat

Stellungnahmen der FDP in Vernehmlassungsverfahren

In jüngster Zeit hat die FDP der Schweiz zu zahlreichen Vernehmlassungen ihre Stellungnahmen abgegeben. Diese werden traditionsgemäss im Jahresbericht der Partei im Wortlaut publiziert. Auf Wunsch werden die Stellungnahmen vom Generalsekretariat vorzeitig zur Verfügung gestellt.

● **Verlängerung der Finanzordnung:** Ueber die Haltung der Partei orientiert ein die Vernehmlassungsantwort zusammenfassender Artikel in dieser Nummer des «Freisinn».

● **Verlängerung der Uhrenkontrolle:** Die Partei kann sich mit einer Verlängerung unter gewissen Vorbehalten einverstanden erklären.

● **Satellitenfernsehen:** Ja zum Satellitenfernsehen, das jedoch kein neues Monopol zur Folge haben darf; Trennung technischer und programmlicher Teil; Erteilung einer Konzession an die Tel-Sat AG, wenn diese zahlreiche Auflagen erfüllt (unabhängige Beschwerdeinstanz, eindeutig schweizerischer Charakter usw.) — das sind die wesentlichsten Punkte in der Stellungnahme der Partei.

● **Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung:** Zustimmung.

● **Ferien-Initiative:** Nein zur Initiative, Nein zu einem Gegenvorschlag auf Verfassungsstufe, jedoch Ja zu einem indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe durch Aenderung der einschlägigen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag im Obligationenrecht. Ueber ein unerlässliches Minimum weitergehende Lösungen sollen in den kollektiven oder individuellen Arbeitsverträgen festgelegt werden.

● **Abstimmungsverfahren bei Volksinitiative mit Gegengewicht:** Verzicht auf eine Aenderung des Abstimmungsverfahrens. Eventualer Zustimmung zur (revidierten) Initiative Muheim, jedoch Ablehnung des Gegenvorschlags der vorbereitenden nationalrätlichen Kommission.

Leserbriefe

«Gurtenzwang» und Grundbesitzer-Pflichten

Manche gescheite Leute sagen einem, sie seien überzeugt, dass sich jedermann durch regelmässiges Gurtentragen schützen sollte, aber dazu zwingen dürfe man niemand. Denn ein solcher unerträglicher Eingriff in die persönliche Freiheit würde zu immer weiteren Freiheitsbeschränkungen führen, und da müsse man resolut bei den Anfängen sich dagegen wehren. Bei solchen Reden könnte man glauben, unsere moderne, komplizierte Gesellschaft käme sonst ganz ohne Freiheitsbeschränkungen und Ordnungseingriffe aus und der «Gurtenzwang» wäre wirklich der erste Schritt aus einer sonst paradisischen Freiheit heraus...

Darf man diesen illusionären «Freiheitskämpfern» einmal nur mit dem Beispiel der Haus- und Grundbesitzer zeigen, wie die heutige Gesellschaft die Rechte und Interessen ganzer Volksgruppen sehr weitgehend einschränkt, zum Nutzen der andern und (manchmal) der Allgemeinheit? Sozusagen nur in den letzten Jahren

wurden die Haus- und Grundbesitzer unter anderem mit folgenden Verboten und Vorschriften bedacht: Errichtung von Bau- und Bauverbots-Zonen; in einzelnen Städten Verbot oder Bewilligungspflicht für den Abbruch von Miethäusern oder für die Zweckentfremdung von Wohnungen; Unterstellung der Altstadt-Quartiere und ihrer Umgebung unter Denkmalschutz; Nutzungsvorschriften hinsichtlich des Anteils der Wohnflächen in Wohn- und Geschäftshäusern. Relativer Kündigungsschutz, indem Mietern für Wohnungen ein Kündigungsaufschub von 1 bis 3 Jahren und für Geschäftslokale bis 5 Jahre gewährt werden kann. Und so weiter! Für landwirtschaftliche Grundstücke gelten teilweise ebenso weitreichende Vorschriften der Raumplanung.

Diese Eingriffe wurden in unserem mehrheitlich bürgerlichen Staatswesen beschlossen, zur Raumplanung, zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes und der Wohnlichkeit der Städte sowie der sozial Schwachen. Viele Bürger haben aber keine Ahnung, wie weit diese vielseitigen Eingriffe den Haus- und Grundbesitzer, sogar persönlich-menschlich, treffen können.

Alle diese Eingriffe in Grundrechte und persönliche Rechte geschehen praktisch nur zum Nutzen der Allgemeinheit — und zum Nachteil der davon Betroffenen. Der sanfte Zwang des Gurtentragens aber geschieht doch vor allem einmal zum Schutz des Automobilisten selbst — und in zweiter Linie zum Nutzen der Allgemeinheit, welche ja mit Steuern und Versicherungsprämien für die Folgen vermeidbarer Unfälle aufkommen muss, weil ja keiner der «Freiheitskämpfer» bei einem Unfall konsequenterweise auf Leistungen der andern verzichten würde.

Als ich diese Vergleiche mit einem Suva-Beamten besprach, sagte dieser, man könne hier von einem wahren «Verhältnissblödsinn» sprechen. Der Ausdruck ist wohl etwas krass, aber wenn man bedenkt, dass die summierten Eingriffe ins Grundrecht die «Opfer» hundertmal stärker und dauernd treffen als der sanfte Gurtenzwang die Automobilisten nur während den Stunden des Fahrens, wird man den Ausspruch des Suva-Mannes vielleicht doch verständlich finden. Gegner werden uns dafür fast steinigen wollen...

Walter Bachmann, Luzern

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuschner, Fürsprecher, und Chr. Beuser. Für die Kantonalen ist die jeweilige Kantonalpartei. Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Die Meinung eines Arztes zum Gurtenobligatorium

Mitleid mit den Opfern

In der Diskussion um das Gurtenobligatorium ist immer wieder auf die mehrfach bestätigte Wirkung und Nützlichkeit des Tragens von Sicherheitsgurten und die Notwendigkeit des Obligatoriums hingewiesen worden. Wir haben einen Arzt, Dr. med. Lukas Fierz, Spezialarzt für Neurologie FMH, gebeten, aus seinen persönlichen Erfahrungen heraus sein Ja für das Gurtenobligatorium zu begründen. Der freisinnige Berner Stadtrat (Legislative) ist unserem Wunsche nachgekommen:

Wenn ich für das Gurtenobligatorium eintrete, so nicht, weil ich irgend jemanden «bevormunden» möchte. Auch die mögliche Einsparung von 60 bis 80 Millionen Franken Unfallkosten pro Jahr beeindruckt mich wenig. Wir bezahlen schon derart viel an Steuern und Versicherungsbeiträ-

Sparen Sie Gurt und Kopfstütze, dann können Sie sich bald diesen neuen Wagen leisten.



gen, dass wir diese Millionen in Gottes Namen auch noch aufbringen können. Nein, ich befürworte das Obligatorium deshalb, weil die Unzahl von Verkehrsoffizieren, die ich in den letzten fünfzehn Jahren beruflich gesehen habe, mir einfach immer wieder namenlos leid taten. Die jungen Mädchen zum Beispiel, die sich bei Bagetkollisionen in Windschutzscheibensplittern Gesicht und Augen zerhackt hatten. Oft gelingt es zwar den Kollegen von der Augenklinik, in stundenlangen Operationen die Sehkraft zu erhalten. Aber die Gesichtsnarben bleiben. Von all-

den Mädchen, die an der Universitätsklinik Bern mit solchen Verletzungen behandelt werden mussten, wurde nie eines geheiratet, obschon sie den Unfall in der Regel als Beifahrerin im Wagen eines sogenannten Verlobten erlitten hatten. Keines hatte beim Unfall den Sicherheitsgurt getragen. Während der Gurtenobligatoriumsperiode von 1976/77 waren diese schrecklichen Verletzungen übrigens eine grosse Seltenheit.

Die «Freunde» des «mündigen Bürgers»

Ueberhaupt wären es besonders die jüngeren Autoinsassen, die vom Gurtenobligatorium profitieren würden: zum Beispiel sind etwa 50 Prozent der verletzten Autolenker zwischen 18 und 30 Jahre alt, gerade diese Altersgruppe benützt den Gurt auch seltener.

Wenn nun die Gurtengegner im Namen des sogenannten mündigen Bürgers gegen das Obligatorium anrennen, so muss man sich schon fragen: Wissen diese Leute eigentlich, wie unangenehm es ist, wenn man die verstümmelte und entstellte Leiche eines Unfallopfers sezieren muss? Wissen diese Leute um die Beschwerden, die den Schädelhirnverletzten ein Leben lang plagen können — Schwindel, Kopfweg, Gedächtnisverlust, Charakterstörungen —, die ihn eventuell invalidisieren? Haben diese «Freunde» des mündigen Bürgers einmal mit Angehörigen solcher Patienten gesprochen? Waren sie schon einmal in einer Intensivpflegestation? Oder in einer Irrenanstalt? — auch dort landen hin und wieder Verkehrsverletzte... Wissen die Herren Gurtengegner, wie einem zumute ist, wenn man junge Verkehrsoffiziere nach Eintreten des

Hirntodes als Nierenspender freigeben muss, in einem Moment, wo sie noch lebenswarm sind und wo das Herz noch schlägt?... Von dieser konkreten Realität der Verkehrsoffiziere erscheint nichts in den Jahresstatistiken, die «nur» von 1300 Toten und von 30 000 Verletzten zu berichten wissen.

Wirkung bestätigt

Der Sicherheitsgurt verhindert Gesichts- und Augenverletzungen praktisch immer, genauso, wie er bei Innerortsgeschwindigkeiten ernsthafte Verletzungen praktisch immer verhindert. Ausserorts reduziert der Gurt das Risiko von Tod und Verletzungen um mindestens die Hälfte.

Trotz dieser international immer wieder bestätigten Wirkung gelang es in keinem Land der Welt, die Tragquote ohne Obligatorium auf über 35 Prozent zu steigern. Mit dem Obligatorium steigt sie jedoch erfahrungsgemäss auf gegen 90 Prozent. Der Gurt wird übrigens nicht etwa deshalb nicht umgelegt, weil man prinzipiell gegen das Gurten wäre, sondern weil man es vergisst. Gegen diese Vergesslichkeit mit ihren allzuoft fatalen Folgen richtet sich das Obligatorium. Die Minderheit der eingeschworenen Gurtengegner dagegen wird sich auch mit dem Obligatorium kaum zum Anschnallen bringen lassen.

Ohne Obligatorium geht es nicht

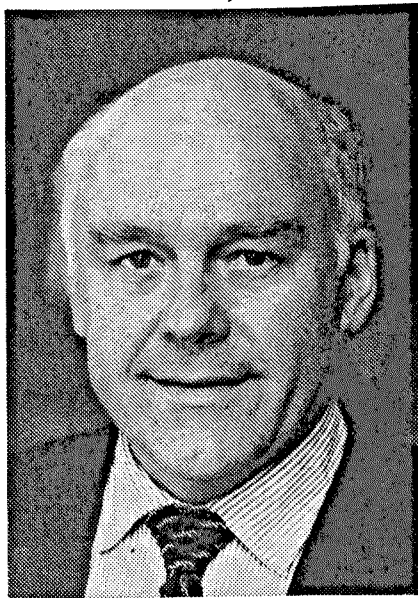
Wenn der Souverän, Sie, ich, wir alle, uns im freien Entschluss für das Obligatorium entscheiden, so wird dies in den nächsten Jahren Hunderte von Menschen vor dem Tod und Tausende vor Verletzungen bewahren. Das Insistieren auf einer abstrakten «persönlichen Freiheit» scheint mir in diesem Zusammenhang unverhältnismässig, weil diese ja das Todesurteil für Hunderte von Menschen bedeutet und dazu über Sozialversicherung und Spitalsubventionen usw. den staatlichen Sektor in unproduktiver Weise aufbläht: In der Frage des Gurtenobligatoriums heisst eben mehr Freiheit auch mehr und nicht weniger Staat.

Das Gurtenobligatorium schützt besonders die jüngeren, unerfahrenen und allzuoft unvorsichtigen Autoinsassen. Gerade diesen sind die erfahreneren und verantwortungsbewussten Stimmbürger eigentlich ein JA zum Obligatorium schuldig.

Zur Abstimmung über die drei Vorlagen aus den Sparmassnahmen 80

Sparmassnahmen als Wählerauftrag

Die Nationalratswahlen im Herbst 1979 endeten mit unmissverständlichen Wähleraufträgen. Einer davon lautete, das neue Parlament solle endlich den Bundeshaushalt wieder in Ordnung bringen. Am 30. November stimmen wir über Teile eines weiteren Sparpaketes ab, das gesamthaft erheblich zu diesem Ziel beiträgt und das deshalb ein wesentliches Glied in einer langen Kette von Massnahmen darstellt, wie Nationalrat Ulrich Bremi, Zollikon ZH, schreibt.



Das Konzept der Freisinnigen wurde zu Beginn der Legislaturperiode klar dargelegt. Wir wollen raschmöglichst die befristet gültige Finanzordnung des Bundes erneuern, ohne sie materiell wesentlich zu verändern. Um hierfür das dringend notwendige politische Vertrauen zu schaffen, wollen wir sofort und vorgängig diese Sparmassnahmen realisieren. Anschliessend werden wir auch über die geplanten Verbrauchssteuern beschliessen, insbesondere in den Bereichen der Strassenbenützung und der Warenumsatzsteuer auf dem Energieverbrauch.

Wesentlich ist uns, dass der Rechnungsausgleich im Gegensatz zum bundesrätlichen Finanzplan schwergewichtig durch Ein-

sparungen und nicht schwergewichtig durch Neueinnahmen gefunden wird. Gerade dies ist zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung mit der Linken geworden, und darum geht es in dieser Abstimmung.

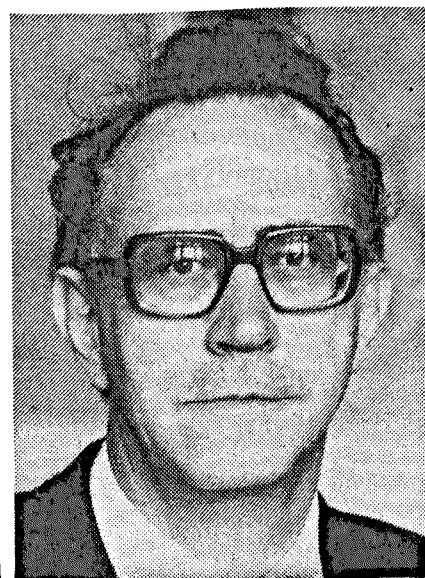
Die Auswirkungen der Sparmassnahmen sind für alle Betroffenen durchaus erträglich. Im wesentlichen werden Subventionen abgebaut, und genau das war offensichtlich die Absicht der Wähler. Die Rückführung staatlicher Aufgaben in die Kantone und Gemeinden ermöglichen ihnen den besseren Ueberblick und Einfluss.

In der Herbstsession der eidgenössischen Räte wurde bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten darüber gestritten, in welcher Reihenfolge die Sanierungsmassnahmen beschlossen werden sollten. Einige drückten sich um die Uebernahme von Verantwortungen mit dem Hinweis, den vorgeschlagenen Massnahmen zwar zuzustimmen, aber sich der Reihenfolge zu widersetzen. Am deutlichsten wurde dies bei der Debatte um die Beschaffungsprogramme für unsere Landesverteidigung. Dieser Spiegelfechterei kann der Stimmbürger am 30. November ein Ende setzen, indem er mit einer eindeutigen Annahme der Sparmassnahmen das Parlament auffordert, ohne deklamatorische Umschweife das gesteckte Ziel zu erreichen.

Zur Abstimmung über das Gurtenobligatorium

Verstand contra Gefühl?

Merkwürdig: Haben Sie den Eindruck, die Sicherheitsgurte im Flugzeug helfe Ihnen, wenn Sie aus 10 000 Metern Höhe abstürzen? Aber sie nützen bei einem unsanften Start oder einer harten Landung! Und deshalb fordert die hübsche Hostess auf, die Gurten zu tragen. Weshalb, fragt Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen BL, tragen wir die Gurten nicht beim Autofahren?



Merkwürdig: Wo die Gurten am meisten nützen, nämlich im Innerortsverkehr, werden sie am wenigsten getragen. Am meisten aber auf den Autobahnen, obwohl sich hier verhältnismässig wenig Unfälle ereignen und bei hohen Geschwindigkeiten die Schutzwirkung relativ gering ist.

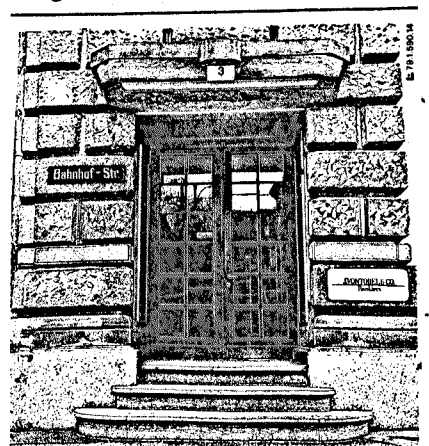
Merkwürdig: In Meinungsumfragen anerkennt nicht nur eine Mehrheit der Automobilisten die Nützlichkeit der Gurten, sondern befürwortet auch das Tragobligatorium. Doch wie die Erhebungen auf den Strassen zeigen, trägt nur eine Minderheit dieser Mehrheit die Gurten. Einsicht und Handeln weichen offensichtlich voneinander ab.

Merkwürdig, aber psychologisch irgendwie verständlich: Da das Gurtentragen offensichtlich nicht populär ist, suchen wir nach Ausflüchten. Legion sind die Schauermärchen, die am Biertisch von Fahrzeugen erzählt werden, die ins Wasser gestürzt seien oder Feuer gefangen hätten und deren Lenker just der Gurten wegen elendiglich ums Leben gekommen seien. Dabei hilft der Gurt gerade in solchen Lagen: Ohne ihn schlägt nämlich der Kopf auf — ein Frontalzusammenstoss entspricht schon bei einem Tempo von 40 km/h dem Fall aus über 6 m Höhe! —, der Lenker verliert das Bewusstsein und damit auch die Herrschaft über sein Fahrzeug. Bewusstsein, um richtig reagieren zu können, aber braucht er just in heiklen Situationen!

Merkwürdig: Viele finden es geradezu eine Heldentat, ohne Gurten zu fahren. Schliesslich, sagt der freie Schweizer, schliesslich erlaubt mir die vielgepriesene persönliche Freiheit, auch mein Leben (und das meiner Mitfahrer) aufs Spiel zu setzen. Doch dieser Freiheitsrausch geht zulasten der anderen, nämlich jener, die durch Versicherungsprämien und Steuern die materiellen Schäden zu bezahlen haben, die Unfälle nach sich ziehen. Und es ist nun einmal durch x Untersuchungen im In- und Ausland erwiesen, dass zwar das Gurtentragen nicht die Unfallhäufigkeit, wohl aber die Unfallfolgen erheblich vermindert, es sich also auch in niedrigeren Versicherungsprämien

und geringeren Spitaldefiziten manifestiert.

Nein, es gibt keine vernunftsmässigen Gründe gegen das Gurtentragen. Aber die Erfahrung lehrt auch, dass wir sie ohne Obligatorium nicht tragen. Es sind auch das Obligatorium und die Bussandrohung, die uns dazu bewegen, im Stoppsack kurz zu halten, auch wenn gute Uebersicht uns gerne zu bremslosem Weiterfahren verleitet. Das Obligatorium ist ein «Eingriff in die persönliche Freiheit», der zu verantworten ist: um das viele Leid und die materiellen Kosten zu mindern, die das Unfallgeschehen auf unseren Strassen Tag für Tag zur Folge hat.



JVONTOBEL & CO.

Bankiers

Zürichs grösste Privatbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Ein SBG-Angebot für alle, die ein eigenes Geschäft eröffnen möchten.

Wenn Sie sich selbständig machen wollen, lohnt es sich, mit uns über einen Kredit zu reden.

Rufen Sie uns an. Damit wir schon heute Ihr Morgen besprechen können.



Schweizerische Bankgesellschaft



«Abenteuer suchen, Pferde stehen.
Zwischen Tag und Traum
den zärtlichen Hauch der Romantik
erleben. Und das Leben
geniessen in einer Umgebung,
wo es nach Holz
duftet und die
Vergangenheit
erzählt.»

Unsere Möbel im Pionier-Stil vermitteln Geborgenheit.

Möbelzentrum des Handwerks

Volketswil: An der Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Waro, Tel. 01-945 55 81.
Zürich: An der Uraniastrasse 28, vis-à-vis Parkhaus Jelvoli, Tel. 01-211 79 47.

Volketswil
Offen
von 10 bis
20 Uhr
Samstag
8-16 Uhr

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT **1**

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 30. November 1980

Wollen Sie das Bundesgesetz über den Strassenverkehr (Anderung vom 21. März 1980; Sicherheitsgurten und Schutzhelme) annehmen?	Antwort
	Ja

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT **2**

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 30. November 1980

Wollen Sie die Aufhebung des Kantonsanteiles am Reinertrag der Stempelabgaben (Bundesbeschluss vom 20. Juni 1980) annehmen?	Antwort
	Ja

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT **3**

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 30. November 1980

Wollen Sie die Neuverteilung der Reineinnahmen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung aus der fiskalischen Belastung der gebrannten Wasser (Bundesbeschluss vom 20. Juni 1980) annehmen?	Antwort
	Ja

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT **4**

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 30. November 1980

Wollen Sie die Revision der Brotgetreideordnung des Landes (Bundesbeschluss vom 20. Juni 1980) annehmen?	Antwort
	Ja

Eidg. Volksabstimmung vom 30. November 1980



Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz / Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz / Schweizerische Volkspartei

Konferenzen • Sitzungen • Tagungen

mothotel
Geschäfts- sommerau
Essen chur
Ihr Treffpunkt
ohne Parkplatzsorgen

Die FDP zu den Finanzbeschlüssen des Bundesrates

Die Beschlüsse des Bundesrates zur Verlängerung der Bundesfinanzordnung — so wie sie sich nach den vorliegenden Informationen präsentieren — stellen eine Diskussionsbasis dar, die die FDP, wie die Partei in einem Communiqué festhielt, sorgfältig prüfen wird. Die FDP begrüsst es und dankt dem Bundesrat, dass er für die vorgeschlagenen finanzpolitischen Vorlagen den Zeitplan vorsieht, wie ihn die Partei nachdrücklich einsetzt, erhält die Verlängerung der Verfassungsgrundlage für die direkte Bundessteuer und die Warenumsatzsteuer, nun erste Priorität. Die Volksabstimmung über die vorgeschlagenen Sondersteuern soll nach Aussage von Bundesrat Ritschard erst nach dem Entscheid über die Verfassungsvorlage erfolgen.

Im übrigen stellt der Beschluss des Bundesrates zugunsten einer Satzerhöhung bei der Wust auf 6,4/9,6 und für das Fallenlassen einer zeitlichen Befristung der Verfassungsvorlage einen Kompromiss dar, der nach den Vorstellungen der FDP zu weit ist deren möglichst unveränderte und zeitlich befristete Weiterführung, wofür die FDP in ihrer Vernehmlassung plädiert hat, um der weitverbreiteten Meinung im Volke Rechnung zu tragen. Sie hat auch einem teilweisen Ausgleich der kalten Progression bei der direkten Steuer zugestimmt, der auch die mittleren Einkommen berücksichtigen sollte. Ferner trat sie für eine Erhöhung der Wust-Sätze ein, die darauf zu beschränken ist, dass nicht wesentlich höhere Einnahmen erzielt werden, als zur Kompensation der Ausfälle bei der direkten Steuer nötig sind. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung wird sich die FDP im Sinne ihrer bisherigen Haltung einsetzen und beitragen, einen vertretbaren Konsens zu finden.

Nach dem heissen Sommer...

Fortsetzung von Seite 1

eines jeden Bürgers, gleich welchen Alters, sich im Rahmen der Rechtsordnung für Neuerungen einzusetzen, um damit Voraussetzungen für eine Zukunft zu schaffen, die seinen Vorstellungen entsprechen mögen. Gerade als Liberale treten wir dafür ein, dass der Freiraum des Einzelnen zur Entfaltung seiner Bedürfnisse möglichst weit gehalten wird. Doch sind ihm dort Grenzen zu setzen, wo die Individualität der Mitbürger bedroht wird.

Die SP als Anwalt der Chaoten

Mit Befremden haben wir davon Kenntnis genommen, dass sich vorab auf dem Platz Zürich die von ihrem linken Flügel beherrschte Sozialdemokratische Partei zum Fürsprecher der gewaltsamen Jugendbewegung gemacht hat und mit ihrer Extremhaltung die Konfrontation schürt. Sie trägt deshalb eine entscheidende Mitverantwortung für das Anhalten der Unruhen. Aber auch die SP der Schweiz konnte sich nicht klar zur Verteidigung unseres Rechtsstaats durchringen. Immerhin darf mit einiger Genugtuung zur Kenntnis genommen werden, dass auch gemäss Erklärungen der SP Gewalt kein Mittel der Politik in der Schweiz sein darf. Daran hielten sich allerdings nicht alle Genossen — insbesondere jene in der Stadt Zürich nicht. Befremdend wirkt auch, dass SP-Exponenten die Einsätze der Polizei gegen Chaoten und Krawallanten als «degradierende Ereignisse» oder gar wie der SP-Präsident als «Galavorführung der polizeilichen Effizienz» bezeichneten. Mit ihrem Einstehen für Randalierer und Gewalttäter hat die SP auch in ihren eigenen Reihen nicht nur Freunde gefunden.

Bundesfinanzen als Dauerbrenner

Nun zum zweiten innenpolitischen Hauptthema dieses Sommers, das die Innenpolitik in den nächsten Wochen und Monaten einmal mehr dominieren dürfte. Der Bundesrat hat kürzlich die Spitzen der Regierungsparteien und -fraktionen empfangen. Im Mittelpunkt der Aussprache stand das weitere Vorgehen zur Sanierung des Bundeshaushalts.

Wir Freisinnigen haben klare finanzpolitische Vorstellungen und eine gerade Linie. Für uns

hat die möglichst unveränderte Verlängerung der auslaufenden Bundesfinanzordnung nach der Annahme der Sparmassnahmen 80, wozu Ihnen die Geschäftsleitung drei Ja-Parolen empfiehlt, erste Priorität. Zudem ist zum Sparpaket 80 sofort ein Anschlussprogramm auszuarbeiten. Dieses soll die nur auf wenige Jahre befristeten Sparmassnahmen nahtlos, teils durch andersartige, insgesamt aber mindestens gleichwertige Entlastungen für den Bund, ablösen. Erste Schritte in der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen werden im Rahmen dieses Anschlussprogramms zu vollziehen sein. Auch wir Freisinnigen wissen — und haben dies immer wieder unterstrichen, auch wenn gewisse Kreise mit klaren Absichten das Gegenteil behaupten —, dass der Bundeshaushalt nicht nur auf einem Bein — der Ausgabe-seite — saniert werden kann.

FDP-Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren

Priorität für Finanzordnung

Der erfolgreichen Verabschiedung der Verlängerung der Bundesfinanzordnung des Bundes kommt im Interesse der Kontinuität der Staatstätigkeit und der Sicherung des wesentlichen Teils der Bundeseinnahmen absolute Priorität zu. In diesem Sinne äussert sich die FDP in ihrer Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren zur Verlängerung der Finanzordnung.

Alle Vorhaben zur Beschaffung zusätzlicher Einnahmen, die auch die FDP als notwendig erachtet, sind deshalb bis zur Sicherstellung der Weiterführung der Bundesfinanzordnung zurückzustellen. Die Vorlage ist ferner so auszugestalten, dass sich an ihr keine nennenswerte Opposition entzünden kann. Die Partei plädiert deshalb dafür, möglichst wenig Modifikationen an der geltenden Ordnung vorzunehmen.

In ihrer Antwort stellt die FDP fest, dass den Sanierungsbemühungen der Landesregierung bis anhin nur ein teilweiser Erfolg beschieden war. Vorlagen zugunsten von Mehreinnahmen verweigerte der Souverän die Gefolgschaft, während bisher sämtliche Sparvorlagen gutgeheissen wurden. Die Stimmberechtigten erwarten demzufolge eine Weiterführung der eingeleiteten Ausgabenstabilisierungspolitik, insbesondere im Subventionsbereich, und eine Ablösung der zeitlich befristeten linearen Subventionsleistungen durch ein Programm unbefristeter Straffungen der Bundesausgaben. Die Misserfolge bei Steuervorlagen drücken eine weitverbreitete Steuermüdigkeit aus.

Die FDP ist der Ansicht, dass alles unterlassen werden sollte, was das ohnehin labile steuerpolitische Klima tangieren könnte. Die Behandlung weiterer Finanzvorlagen soll erst nach Verabschiedung und Sicherstellung der Verlängerung der Finanzordnung in Angriff genommen werden. Fiskalprojekte wie Schwerverkehrsabgabe, Unterstellung der

Früher oder später sind dem Bund zusätzliche Einnahmen zu bewilligen. Doch sind wir seit je der Auffassung gewesen, dass über Ausmass, Art und Ausgestaltung zusätzlicher Einnahmen erst nach der erfolgreichen Verlängerung der Finanzordnung diskutiert werden sollte. Insbesondere haben wir uns dagegen ausgesprochen, dass in den Bereichen Energie und Verkehr losgelöst von den vorliegenden Gesamtkonzeptionen Sondersteuern beschlossen werden.

Wir wollen keinen Scherbenhaufen

Mit diesem etappenweisen Vorgehen sind die finanz- und steuerpolitischen Probleme unseres Landes nicht auf einmal und für allemal gelöst. Sie werden ein Dauerbrenner helvetischer Politik bleiben. Mit dem skizzierten Vorgehen, das die Chance in sich birgt, erfolgreich abgeschlossen werden zu können, hätten wir aber wieder festeren Boden unter den Füßen und könnten verbleibende strukturelle Mängel in einem etwas ruhigeren Klima beheben. Wird jedoch ein anderer Weg gewählt, so ist die Chance gross, dass wir eines Tages vor einem grossen Scherbenhaufen stehen. Dies sollten vor allem jene bedenken, die eine Sanierung des Bundeshaushalts allein oder vorwiegend über die Ausgabe-seite sehen. Mit einer Vielzahl von Steuervorlagen wird der weitverbreiteten Steuerverdrossenheit nicht begegnet, sondern der Steuerwiderstand geschürt. Deshalb empfiehlt sich ein Vorgehen in Etappen, wie ich es kurz dargestellt habe.

«60 Jahre eidgenössische Politik»

Eugen Dietschis Parteigeschichte

Eine Buchrezension, in der Regel, beginnt mit einer Würdigung des Autors, denn jedes Buch, und wäre es noch so sachbezogen, verrät den, der es geschrieben hat, seine Persönlichkeit, seinen biographischen Standort, sein Temperament. Indes: Eugen Dietschi, den Grand Old Man unserer Partei, noch eigens vorzugstellen hiesse nun — wie Werner Rihm meint — wirklich Wasser tragen nicht nur in den heimischen Rhein, sondern auch in das weitverzweigte System der helvetischen Gewässer.

Und wer ihn wider alles Erwarten noch nicht kennen sollte, lernt in ihm in seiner Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns kennen, unverfälscht und unverbraucht, wie er lebt(e) und lebt(e): eine dynamische Persönlichkeit voll Elan und Verve, ein mitreissender Freisinniger durch und durch, für mich so etwas wie eine Verkörperung des guten, alten schweizerischen Freisinns überhaupt. Und vor allem dies spürt man aus seinem Buch, Seite für Seite: seinen fast einmaligen politischen Erfahrungsschatz, das persönliche Mitgestalten, auch das noch immer nachvibrierende Erlitten eines halben Jahrhunderts eidgenössischer Politik, als Parteipräsident, Meinungen machend, als National- und Ständerat während dreier Jahrzehnte, Meinungen umsetzend, als Journalist während vierzig Jahren, Meinungen deutend. Und bei allem persönlichen Erleben und Erfahren und bei allen Intimkenntnissen der eidgenössischen Politikszenen hat sich Eugen Dietschi alle Zurückhaltung auferlegt und in nobler Selbstdisziplin darauf verzichtet, sich mit der Geschichte «seiner» Partei ein eigenes Denkmal zu setzen. Das ist ihm, Gott sei Dank, nicht durchwegs gelungen, die wohltdosierte Subjektivität macht Reiz und Wärme dieses Buches aus, und kann es denn das überhaupt geben: eine objektive Parteigeschichte?

60 Jahre eidgenössische Politik — Dietschis Parteigeschichte beschreibt die Zeit von 1919, dem Umbruchjahr durch die erstmaligen Proporzwahlen, bis in die allerjüngste Vergangenheit. Es behandelt die wechselvolle Geschichte unserer Partei in den wechselnden Zeitläuften, es handelt von Höhen und Tiefen, von Erfolgen, die beflügelten, und von Krisen, die neue Kräfte freisetzen, es handelt von Geschlossenheit und Bruchstellen, von harten Belastungsproben für die Unité de doctrine einer Partei, welche die Individualfreiheit ihrer Mitglieder und Mandatäre hochhält. Es zeigt den schweizerischen Freisinn als Konfronta-

tionspartei und als Partei des Ausgleichs, in Phasen notwendiger Polarisation und dann wieder des guteidgenössischen Handbietens, als Regierungspartei in kritischer Loyalität, bereit zu Kooperation und Kompromiss und zur Ueberwindung der Interessenge-

Dr. Eugen Dietschi geehrt

Die «EAO-Stiftung Pro Olten», die sich zum Ziele gesetzt hat, Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich um die Stadt und die Region Olten auf kulturellem, sportlichem, politischem, wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Gebiet verdient gemacht haben, ehrt am 7. Dezember alt Ständerat und alt Nationalratspräsident Dr. Eugen Dietschi für dessen Wirken als Politiker, Journalist und Fluggpionier. Der Geehrte veröffentlichte im vergangenen Jahr unter dem Titel «60 Jahre eidgenössische Politik» den zweiten Band der Parteigeschichte der FDP der Schweiz. Auch wir möchten dem ehemaligen schweizerischen Parteipräsidenten zu dieser Auszeichnung herzlich gratulieren.

gensätze aus sozialer Verpflichtung. Es zeigt den Freisinn als gestalterische Kraft der schweizerischen Politik, immer auf dem Boden des liberalen Rechtsstaates, wirksam und wirkungsvoll dank seiner ausgeprägten Organisationskraft. Und es lässt Revue passieren eine grosse und stattliche Reihe markanter und markiger Persönlichkeiten, aufgeschlossen, tatenfreudig, initiativ, kernige Patrioten mit Integrationskraft und staaterhaltendem Fortschrittsglauben.

Stichworte, die andeuten mögen, dass den Leser dieses 450 Seiten umfassenden, reich bebilderten Werks eine von der dargestellten Sache her spannende und packende Lektüre erwartet. Man darf Eugen Dietschi zu seiner Parteilichkeit von hohem dokumentarischem Werk nicht nur gratulieren, man muss ihm für seine hingebungsvolle Arbeit Dank, herzlichen Dank sagen.

Bestellschein

Ich bestelle... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preise von je Fr. 38.— inkl. Porto und Verpackung.

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Die Lieferung wünsche ich auf folgende Art:

- direkt durch das Generalsekretariat FDP mit beigelegtem Einzahlungsschein
 durch meinen Buchhändler:

Buchhandlung:

Adresse:

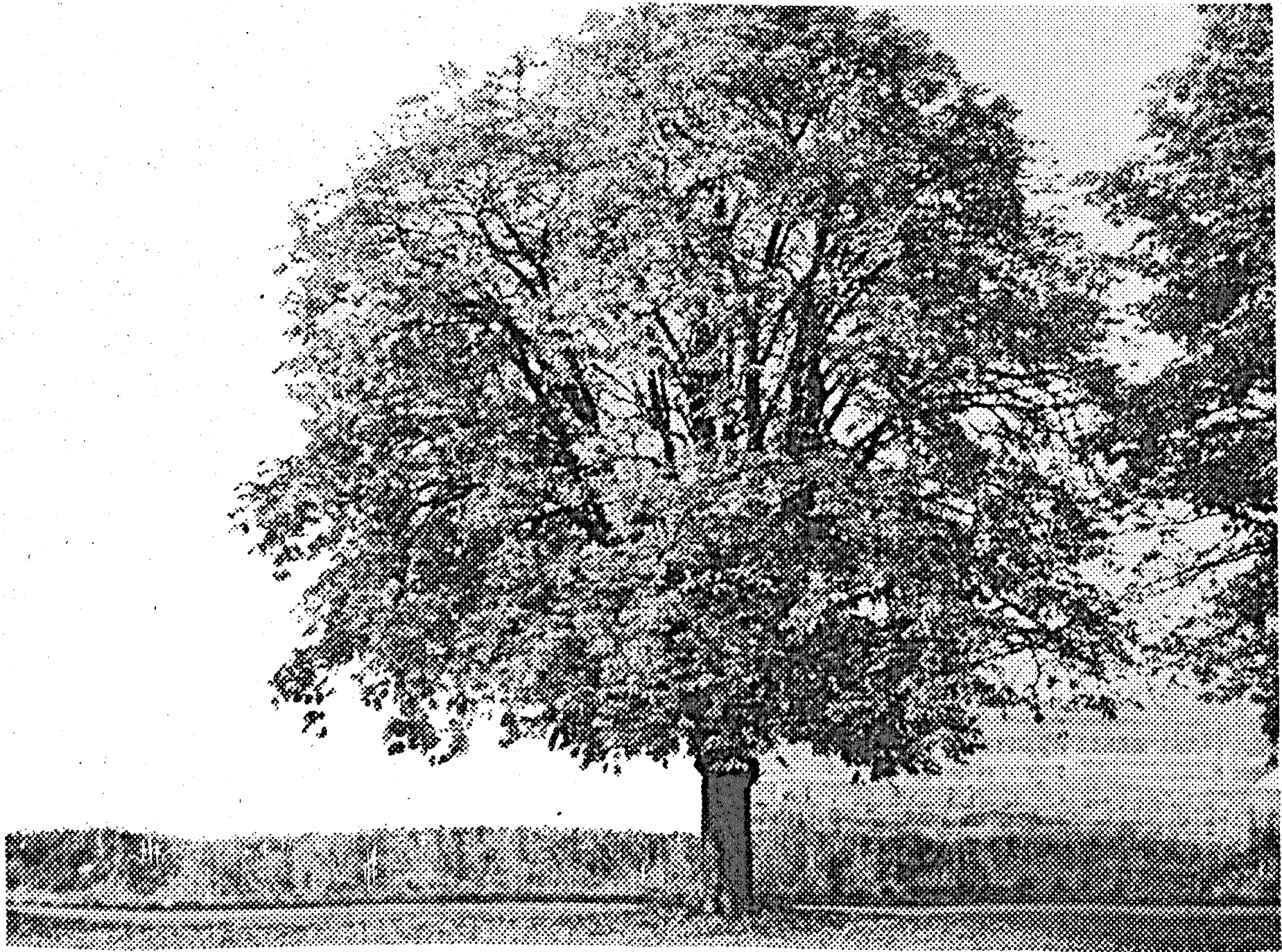
PLZ, Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat die Präsentation des GVK-Schlussberichtes zum Anlass genommen, mit Vertretern der verschiedenen Verkehrsträger und -interessenten ein Hearing durchzuführen. Die Referenten wurden gebeten, das Manuskript ihres einleitenden Exposé für die Publikation zu überarbeiten und für eine Sondernummer der «Politischen Rundschau» zur Verfügung zu stellen. Dieses Heft ist nun als Doppelnummer 2/3 erschienen. Die Beiträge werden ergänzt durch den Wortlaut der FDP-Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren.



Die Gegenwart findet auch in der Schweiz statt. Darüber schreiben die Schweizer Zeitungen. Und darüber reden die Schweizer. Aber meistens nicht sehr objektiv. Da wird verallgemeinert und schwarzgemalt, aber auch beschönigt und verharmlost. Selbst von Leuten, die eigentlich ein bisschen besser durchblicken könnten – denn die NZZ kann man ja abonnieren und regelmässig lesen. Die Zeitung also, die einen Problemkreis zuerst kritisch von verschiedenen Seiten unter die Lupe nimmt und vielfach Fachleute zu Wort kommen lässt, bevor sie selber Stellung bezieht.

Sich mit einer Zeitung dieser Art auseinanderzusetzen, erfordert sicher etwas mehr Zeit und Engagement. Aber wer vermag die grossen Probleme unserer Zeit in ihrer Tragweite zu erkennen, ohne etwas mehr zu lesen als ein paar fettgedruckte Schlagzeilen?
Zeit für eine gute Zeitung.

Ich möchte die NZZ während 14 Tagen gratis und unverbindlich kennenlernen.
 Bitte senden Sie sie mir im Probe-Abonnement.
 Ich möchte die NZZ gleich fest abonnieren. (Die ersten zwei Wochen erhalte ich sie gratis.)
 für 3 Monate für 6 Monate für 12 Monate

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____ **Fr**

Einsenden an:
 Neue Zürcher Zeitung, Werbeabteilung, Postfach, 8021 Zürich.
 Für telefonische Bestellungen Tag und Nacht: Tel. 01/258 13 33.

Neue Zürcher Zeitung

Ständerat Hänsenberger zur Debatte über die Initiative «Gleiche Rechte»

Initiative kann zurückgezogen werden

Nach der grossen Kammer hat sich auch der Ständerat klar dafür ausgesprochen, dass in unserer Verfassung der Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter verankert wird. Mit nur wenigen Gegenstimmen befürwortete er in der dritten Sessionswoche den bundesrätlichen Gegenvorschlag zum Volksbegehren «Gleiche Rechte für Mann und Frau» und beschloss gleichzeitig die Nein-Parole zur Initiative. Die kleine Kammer gab damit jener Variante den Vorzug, welche die berechtigten Anliegen der Gleichberechtigung von Mann und Frau wahrnimmt, jedoch auf Bestimmungen verzichtet, die falsche Illusionen geweckt hätten oder nur unter Zeitdruck hätten realisiert werden können.



die bundesrätliche Variante unverändert übernommen hat, sieht der Berner Ständesvertreter keinen Grund mehr, die Initiative aufrechtzuerhalten. Durch einen Rückzug des Volksbegehrens könne auch ein Scherbenhaufen in der Volksabstimmung verhindert werden, da zu beiden Vorlagen wohl Nein, aber nicht zweimal Ja gestimmt werden kann.

Keine Gleichmacherei

Mit der Verankerung eines Gleichberechtigungsartikels in der Bundesverfassung soll, wie Hänsenberger feststellte, keiner Gleichmacherei das Wort geredet werden. Andererseits werde auch eine bevorzugte Behandlung der Frau durch einen Gleichheitsartikel nicht dahinfliegen. Während die Botschaft des Bundesrates nüchtern von «den sich aus dem Geschlecht ergebenden biologischen oder funktionalen Unterschieden» spricht, die zu berücksichtigen seien, betonte Hänsenberger, der Frau könnten noch zusätzliche Rechte zustehen, «die sich aus ihrem Wesen als Frau ergeben oder zu denen die Männer sich seit urdenklichen Zeiten kennen sollten, sei es aus Höflichkeit, Ritterlichkeit, Rücksicht, Ehrerbietung oder Liebe».

Dass sich der Präsident der vorbereitenden Kommission, der Freisinnige Arthur Hänsenberger, nach geschlagener Schlacht in einem Gespräch mit dem «Freisinn» vom Ergebnis befriedigt zeigte, versteht sich von selbst. Mit Genugtuung nahm er auch vom Einschwenken der SP-Ständeräte Kenntnis, die anfänglich noch der Initiative den Vorzug gaben, sich am Schluss jedoch hinter den Gegenvorschlag stellten. Nachdem die kleine Kammer



Klar waren die Abstimmungsempfehlungen, die Delegiertenrat und Delegiertenversammlung am 24./25. Oktober in Bern für den eidgenössischen Urnengang vom 30. November trafen: Ja zu den drei Vorlagen aus dem Paket der Sparmassnahmen 80, Ja zum Gurtentragsobligatorium. Der zweite Teil der Delegiertenversammlung war einer lebhaft geführten Aussprache über die Ziele der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit gewidmet. Unser Bild zeigt Bundesrat Dr. Fritz Honegger am Rednerpult. Rechts von ihm die beiden Referenten, die über die Sparmassnahmen 80 orientierten: Ständerat Dr. Peter Hefti und Nationalrat Raoul Kohler. Links neben dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes Parteipräsident Yann Richter, Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger, Dr. Regula Frei-Stolba, Vizepräsidentin der FDP der Schweiz. Auf dem Podium die Teilnehmer des Gesprächs über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit (von links nach rechts): FDP-Kantonsrätin Ursula Brunner (Frauenfeld), Staatssekretär Dr. Raymond Probst, Professor Peter Tschopp (Gesprächsleiter), Botschafter Dr. Marcel Heimo, Professor Jacques Freymond. Nicht auf dem Bild der fünfte Teilnehmer: Nationalrat Bernard Dupont. (Foto B + N)

Horizontalwirkung

Umstrittenster Punkt in der ständerätlichen Debatte war die Frage der direkten Horizontalwirkung des im Gegenvorschlag postulierten Lohngleichheitsprinzips. Ausdrücklich verzichtete die kleine Kammer darauf, das Prinzip «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» auf dem Gesetzesweg zu konkretisieren, was sich nach den Worten Hänsenbergers kaum gelohnt und zudem zu einer grösseren Behinderung freier Abmachungen zwischen den Sozialpartnern geführt hätte.

Die Diskussion im Ständerat und vor allem die Erklärungen des Bundesrats haben Hänsenberger in der Meinung bekräftigt,

dass der Lohngleichheitssatz weder Vertragsfreiheit und Rechtssicherheit noch Treu und Glauben ungebührlich einschränkt. Auch Leute, welche die Vertragsfreiheit hoch einschätzen, müssten einsehen, dass der Verfassungsartikel akzeptiert werden könne, falls — was Hänsenberger nicht bezweifelte — die Gerichte die Bestimmung so interpretieren, wie dies EJPD-Vorsteher Furgler in der Debatte getan hatte.

Kein «Run» auf die Gerichte

Auch wenn mit dem Lohngleichheitssatz ein direkt einklagbares Recht in der Verfassung verankert wird, betrachtet Hänsenberger die

Chance als minim, dass die Gerichte durch Lohnforderungen scheinbar unterbezahlter Arbeitnehmerinnen überlastet würden. Eine direkte Anrufung des Richters wird nach den Worten des Kommissionspräsidenten nur relativ selten eintreffen, da derart viele Komponenten bei der Lohnbemessung eine Rolle spielen (z. B. Leistung, Erfahrung, Treue zum Arbeitsplatz, Konkurrenzfähigkeit), dass die Komponente Geschlecht nur wenig ausschlaggebend sein wird. Im übrigen setzt die Lohngleichheitsbestimmung in der Bundesverfassung einen deutlichen Verweis in einer Richtung, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft bereits jetzt frei entwickelt haben.

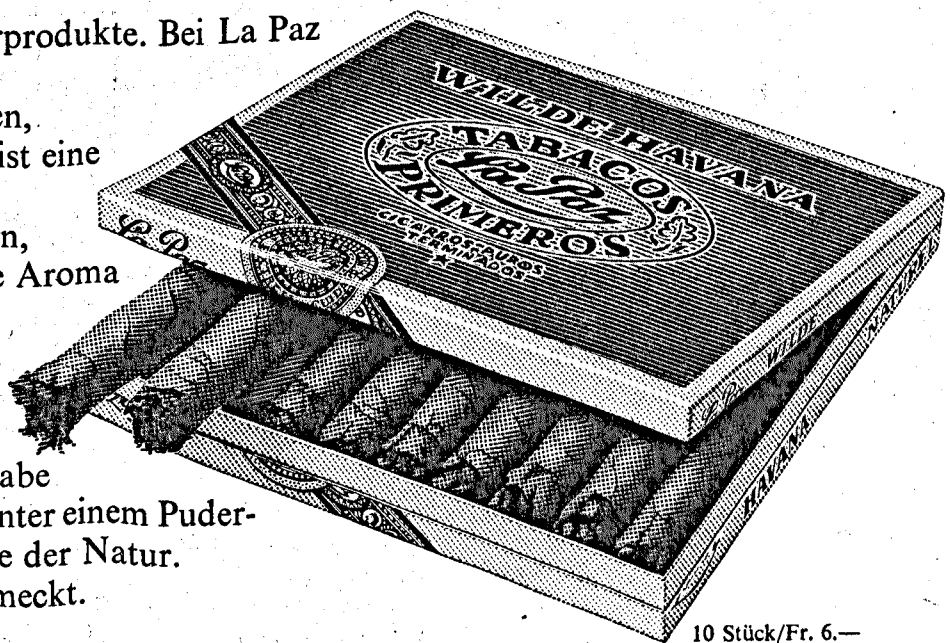
Tabak. Mehr nicht.

Ursprünglich waren Cigarren echte Naturprodukte. Bei La Paz sind sie es noch heute. Alle.

Auch die oft kopierten, doch nie erreichten, authentischen Wilden. Denn nicht jede «Wilde» ist eine Wilde von La Paz. Das Büschel am Brandende sollte nicht lediglich eine modische Verzierung sein, denn Kenner wissen, dass sich dadurch das volle Aroma schon beim Anzünden entfaltet.

Doch wesentlicher ist und bleibt die Kunst der sorgfältig ausbalancierten Mélange aus über 20 Tabaksorten. Umwickelt mit einem ausgewogenen Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt, das sich nicht unter einem Puder-mantel zu verbergen braucht. Das ist die Sprache der Natur.

Für Cigarrenraucher, die wissen, was schmeckt.



10 Stück/Fr. 6.—



Cigarros Autenticos.

OSTSCHWEIZ

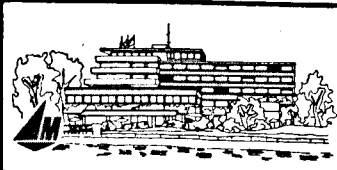
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Muss-Emlison, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Department

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

ASH *****
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistik, (071) 23 33 30

Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Selenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

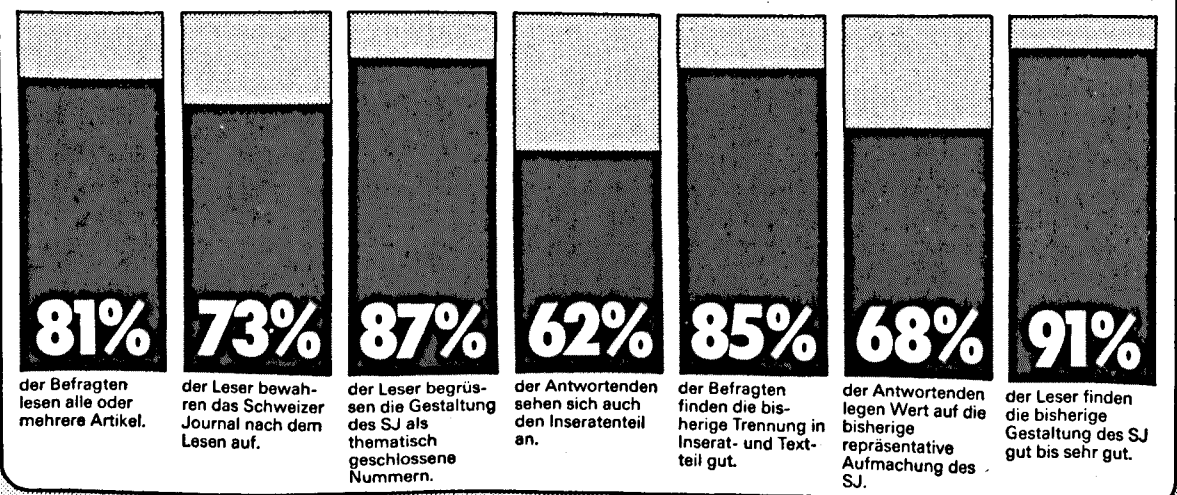
Die Ergebnisse unserer neuesten Leserumfrage:

Der öffentliche Bau

schweizer journal

Bei unserer letzten Leserumfrage sind 1035 Fragebogen (1973: 903) beantwortet worden, was knapp 20 Prozent der damit begrüsseten Leserschaft entspricht. Es ist dies ein überdurchschnittliches Resultat, wir sind stolz darauf und danken unsern Lesern für ihre Hilfe.

Und hier die Resultate:



Aus dem Jahresprogramm

Gemeindeplanung und Gemeindebauten • Denkmalpflege und Altbaurenovation • Spital und Heimbau • Schul- und Sportanlagen • Armee- und Zivilschutz • Umweltschutz und Gewässerschutz • Energieversorgung und Energiesparmassnahmen • Strassenbau und öffentlicher Verkehr • Banken und Versicherungen • Gewerbe und Industrie • Kurortprobleme und Hotelbau.

Schweizer Journal, Verlag Dr. Hans Frey

Kreuzstrasse 11, 8712 Stäfa
Telefon 01/828 51 71

Ich bestelle das Jahresprogramm ein Probeheft

Mediaunterlagen

1 Abonnement zu 24 Nummern (2 Jahre) à Fr. 168.-

1 Abonnement zu 12 Nummern (1 Jahr) à Fr. 96.-

1 Geschenkabonnement zu 12 Nummern à Fr. 96.-

1 Probeabonnement zu 6 Nummern (1/2 Jahr) à Fr. 58.-

Name und Adresse des Bestellers

Name und Adresse des evt. Geschenkabonementempfängers

FS 1

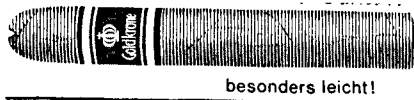
SILENT GLISS

Vorhang-Fernbedienung
Mit Knopfdruck Vorhang auf und zu.
Die komfortable Lösung für zahlreiche Vorhangprobleme.
Möchten Sie mehr wissen? Beratung gibt Ihnen gerne Ihr Fachhändler oder

VonDach+Co
SILENT GLISS
3250 Lyss
Tel. 032 84 27 42

Goldkrone

Ihre Cigarre
5 Stück Fr. 6.-
Ein WEBSTAR-Produkt:



besonders leicht!

GESUCHT
in der Stadt
oder Agglomeration Zürich

BAULAND
für die Erstellung
von Ein- oder
Mehrfamilienhäusern.

GENERALBAU
Dienersstrasse 15
8004 Zürich
Tel. 01 242 10 20
mathis ag

Lassen Sie für Ihren Garten sich exklusiv von



beraten

Gartenbau
Burstwiesenhof
Spross Zürich
35 45 55



St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

OEKREAL

Zürich Winterthur

OEKREAL-Veranstaltungszyklus

Anforderungen an das Management der 80er Jahre

Einladung Podiumsgespräch

Weltwirtschaftliche Entwicklungstendenzen und deren Konsequenzen für die Schweiz

Gesprächsleitung:

Prof. Dr. Emil Küng
Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Diskussionsteilnehmer:

Prof. Dr. Herbert Giersch
Präsident des Institutes für Weltwirtschaft, Universität Kiel (BRD)

Dr. Alfred Hartmann
Vizepräsident des Verwaltungsrates der Hoffmann-La Roche, Basel

Direktor Fritz Halm
Präsident des Zentralverbandes der Schweizerischen Arbeitgeber-Organisationen

Nat.-Rat H. Rüegg Dipl. Ing. ETH
ehem. Präsident des Arbeitgeberverbandes Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller

Prof. Dr. Leo Schürmann
Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbanken

Datum: Freitag, 12. Dezember 1980

Zeit: 17.30 bis ca. 20.00 Uhr

Ort: Kongresshaus Zürich

Eintritt: Fr. 50.- inkl. Cocktail und Dokumentation.

Veranstalter:

OEKREAL
Studiengruppe zur Koordination von Wirtschaft und Wissenschaft
Bahnhofstrasse/Schützengasse 4
8001 Zürich
Telefon 01-211 60 60

Anmeldung einsenden an:

OEKREAL, Generalsekretariat,
Postfach, 8023 Zürich

Ich melde _____ Person(en) zum internationalen Podiumsgespräch vom Freitag, 12. Dezember 1980, im Kongresshaus Zürich an.

Name: _____

Vorname: _____

Titel/Funktion: _____

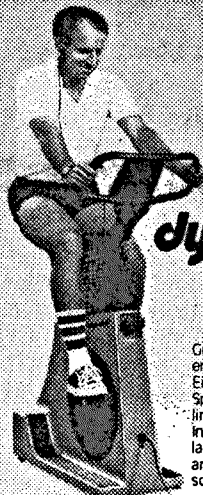
Firma: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____ FS 1

Sie erhalten eine schriftliche Bestätigung.



dynaVIT

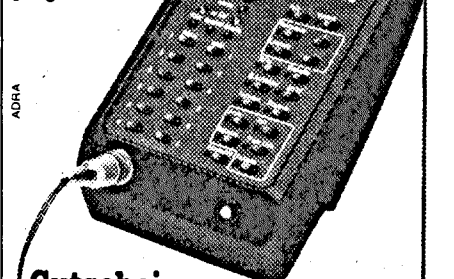
Gefestet und empfohlen von der Eidg. Turn- und Sportschule Magglingen und vom Institut für Kreislauforschung an der Sporthochschule Köln.

DynaVIT Conditronic 30: Das Ausdauertrainings-System für alle, die keine Zeit für den täglichen Waldlauf haben.

Alle Sportarten haben Nachteile. Man muss sie an bestimmten Orten ausüben. Einige sind wetterabhängig und, das ist entscheidend, die Belastung ist nicht dosierbar. Der computer-gesteuerte DYNAVIT-Trainer berücksichtigt Ihre individuelle Konstitution! Sie geben Ihre persönlichen Daten wie Alter, Gewicht und Geschlecht ein. Modernste Elektronik speichert diese Angaben und überwacht automatisch Ihren Pulsschlag. Gefährliche Überanstrengung oder unwirksames Training sind also ausgeschlossen. Denn, nur Sport im richtigen Puls-Frequenzbereich ist wirksam. - Investieren Sie in ein erfolgreiches Ausdauertrainings-System zur Steigerung von Lebensfreude und Leistungsfähigkeit: DYNAVIT Conditronic 30.

ROGA ROGA Gerätebau AG
Dammstrasse 3
8953 Dietikon, Telefon 01 740 74 53/54

Jünger kann man nicht werden. Aber länger jung bleiben.



Gutschein

Ich möchte detaillierte Unterlagen über das Ausdauertrainings-System DYNAVIT Conditronic 30

Name, Vorname _____

Beruf _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon Privat _____

Geschäft _____ FS 1

Das Projekt «Kartause Ittingen» — ein bedeutendes kulturpolitisches Vorhaben

Staat und Wirtschaft als Partner

Am Widerstand namentlich der Freisinnigen ist vor kurzem im Zürcher Gemeinderat ein Beitrag von einer Million Franken an die Stiftung «Kartause Ittingen» gescheitert: Ein finanzpolitisch zweifellos verständlicher, in kulturpolitischer Beziehung jedoch bedauerlicher Entscheid. Denn beim Projekt «Kartause Ittingen» handelt es sich, wie Heinz Ruprecht feststellt, um das hervorragende Beispiel einer sinnvollen Partnerschaft von Staat und Wirtschaft.

Die Kartause Ittingen — nördlich von Frauenfeld im Kanton Thurgau gelegen — stellt in ihrer baulichen Geschlossenheit eine der schönsten noch erhaltenen Klosteranlagen Zentraleuropas dar und gilt als eines der bedeutendsten kirchlichen Kunstdenkmäler der Barockzeit. Um das eigentliche Kloster gruppiert sich eine Vielzahl von Oekonomiebauten, und die gesamte Anlage bildet einen Grundbesitz von über 100 Hektaren.

In letzter Stunde gerettet

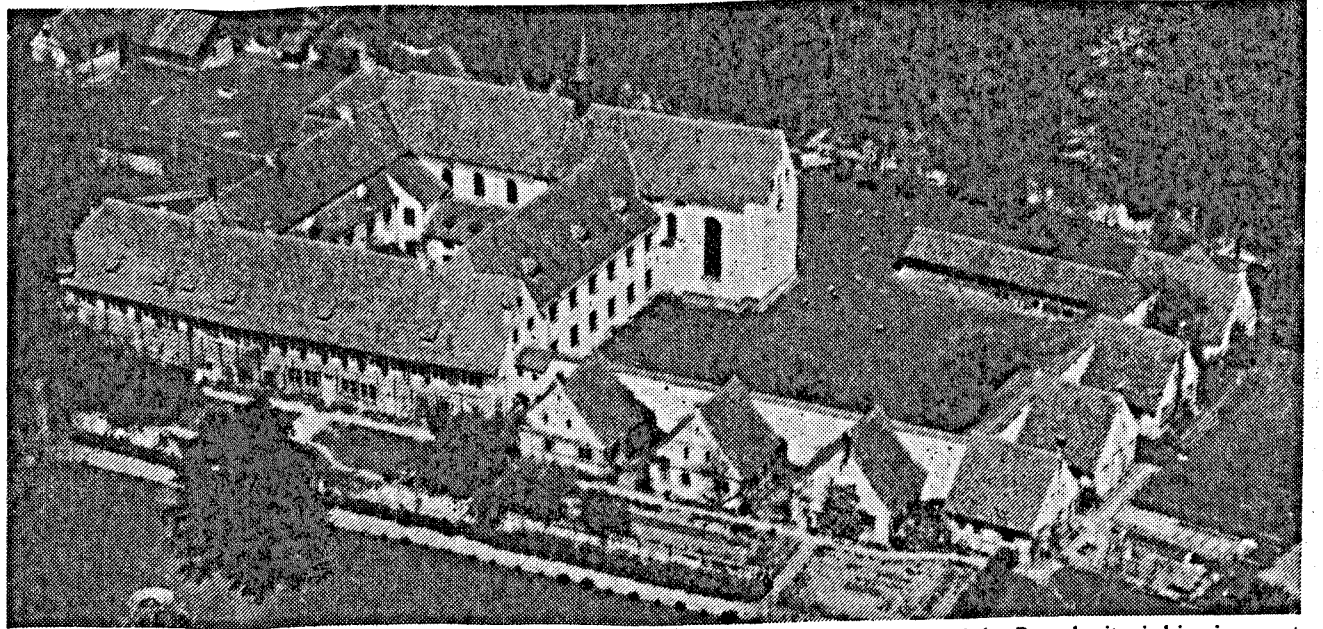
Vor nunmehr vier Jahren formierte sich auf die Initiative der Thurgauer Regierung hin eine privatrechtlich organisierte Stiftung mit dem Ziel, die Anlage in stand zu stellen und als eigenwirtschaftliches Kulturzentrum neuem Leben zuzuführen. Die Rettung kam in letzter Stunde, waren doch beträchtliche Teile der Anlage in einer Weise beschädigt und vom Zerfall bedroht, dass unverzüglich erste Sanierungsmassnahmen an die Hand genommen werden mussten.

Gesamtaufwand von 45 Millionen Franken

Für den Erwerb der Kartause Ittingen waren 6,5 Millionen aufzubringen, und insgesamt rechnet die initiative Stiftung heute mit einem Gesamtaufwand von 45 Millionen. Davon sind derzeit 33,5 Millionen zusammengetragen oder zumindest in Aussicht gestellt. Rund zwei Drittel der benötigten Mittel stammen aus öffentlichen Quellen, wobei vorab der Kanton Thurgau zu erwähnen ist, der die Stiftung mit mehreren Millionen Franken Startkapital versah und nach wie vor Beiträge leistet. Sodann subventioniert der Bund die denkmalpflegerisch bedingten Aufwendungen. Verschiedene Kantone und Städte sowie die beiden thurgauischen Landeskirchen haben ebenfalls beachtliche Beiträge geleistet.

Aktion bei der schweizerischen Wirtschaft

Dass die Stadt Zürich ihren Beitrag gestrichen hat, ist insofern



Die im Kanton Thurgau gelegene Kartause Ittingen. Dieses bedeutende kirchliche Kunstdenkmal der Barockzeit wird in einer partnerschaftlichen Aktion von Staat und Wirtschaft erhalten und heutigen Bedürfnissen nutzbar gemacht.

bedauerlich, als auch von privater Seite bereits sehr beachtliche Mittel aufgebracht worden sind. Eine Vielzahl von Spendern aus allen Bevölkerungskreisen hat bis jetzt mehrere Millionen Franken zusammengetragen. Die Stiftung räumt Spendern, die mehr als 200 Franken leisten, Mitgliedschaftsrechte ein. Bisher haben gegen 3000 Personen davon Gebrauch gemacht! Von besonderem Gewicht sind daneben die von einzelnen Repräsentanten der schweizerischen Wirtschaft erbrachten Leistungen. Gegenwärtig läuft eine Sammlung im Kreise dieser Wirtschaft, die im Stiftungsrat durch Frau Hortense Anda-Bührle und Dr. h. c. Max Schmidheiny vertreten ist. Die beiden Genannten haben sich zum Ziel gesetzt, einen wesentlichen Anteil der noch ausstehenden Gelder in der Privatwirtschaft zu beschaffen.

Eine sinnvolle Nutzung

Es ist der Stiftung sehr zu wünschen, dass sich die noch fehlenden Mittel beschaffen lassen und das begonnene Werk einem guten Ende zugeführt werden kann: Zum einen hat die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft bisher einen äusserst ermutigenden Erfolg gezeitigt, und zum andern wird in Ittingen eine Stätte der Kultur nicht nur erhalten, sondern den Bedürfnissen unserer Zeit nutzbar gemacht.

Neben der musealen Komponente, die in einem historischen Museum zur Bau- und Ordensgeschichte sowie einem Kunstmuseum mit Sammlungs- und Wechselausstellungscharakter bestehen soll, sind im wesentlichen zwei Nutzungsbereiche geplant: Einmal wird eine Schulungsstätte errichtet, die in getrennten Häusern Kurse für Erwachsene und für Jugendliche ermöglichen soll. Dabei will die Stiftung nicht als Veran-

stalterin auftreten, sondern ihre Räumlichkeiten interessierten Veranstaltern zur Verfügung stellen. Sodann wird in die Anlage ein Wohnheim für geistig Behinderte integriert, die hier eine Vielzahl von sinnvollen Beschäftigungen finden können. Ein zentraler Verpflegungsbetrieb, Kunsthandwerkatteliers, der Gutsbetrieb und Personalunterkünfte ergänzen eine Anlage, die möglichst wessensnah genutzt werden und sich in ihrem dereinstigen Betrieb selber tragen soll.

Und wie es heute aussieht, darf in der Tat gehofft werden, dass die Eigenwirtschaftlichkeit erreicht wird: Um baldmöglichst ein ausgeglichenes Budget zu erhalten, beabsichtigt die Stiftung, die der Eigenwirtschaftlichkeit dienenden Betriebszweige unverzüglich auszuführen. Schulungs- und Kursbetrieb sowie die Sozialstation sollen darum bis im Frühjahr 1983 fertig erstellt sein.



KABA STAR
Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

6 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräsungen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.

Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

BAUER KABA AG Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481

Erholung in der Ostschweiz

8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung
auf rein pflanzlicher Basis.

Speziell empfohlen bei Leber/Galle- und Magenleiden.

- Erholung in idealer Höhenlage (1000 m ü. M.)
- gesundes Klima
- ruhig und sonnig gelegen
- im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
- viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
- Verlangen Sie unseren Kurprospekt



seit 50 Jahren

Kurzentrum Vögelinsegg
CH-9042 Speicher, Telefon 071/94 2333

ZUR ERHOLUNG UND FÜR IHRE GESUNDHEIT

Mehr als nur Ferien — im Solebad-Hotel «Flamingo»
Massagen, Solarium, Fango, Fitnessraum, Sprudelbad

7-Tage-Arrangement zum Pauschalpreis ab Fr. 300.— (Zimmer mit Dusche/WC Fr. 350.—). Frühstücksbuffet, Abendessen, Eintritt im Solebad.

Geniessen Sie die herrliche Ruhe und Sonne in Oberhelfenschwil im Toggenburg. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

FLAMINGO
Kurhotel Sole-Schwimmbad Tea Room
Fam. M. Thomasius Oberhelfenschwil SG 071 / 55 12 56

Gutschein Fr. 30.—
ab 7 Tagen Aufenthalt



KURHOTEL Valens

auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.
Das ideale Hotel für erholsame Thermalbadeferien

oder Bäderkur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsbehandlungen und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
Telefon (085) 9 37 14 (Fr. Moosberger vert.)



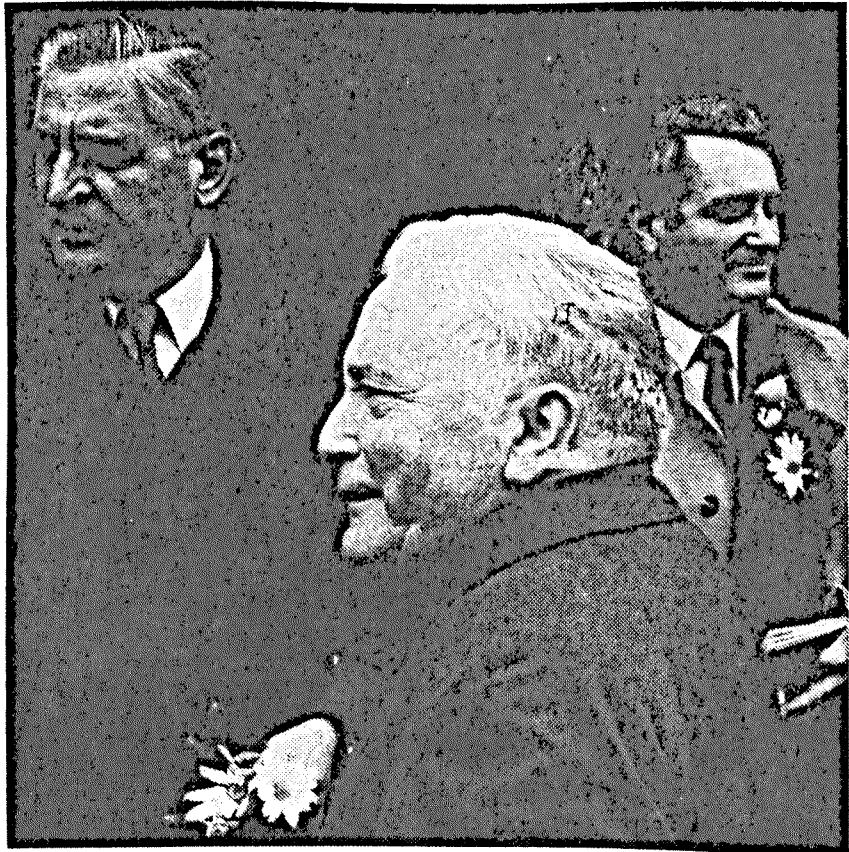
Wir sind in einer guten Lage

Drehscheibe für
Blech nach Mass Verbindungstechnik Bauelemente



KOENIG
Dr. Ing. Koenig AG

Dr. Ing. Koenig AG
Lagerstrasse 10
CH-8953 Dietikon
Tel. 01/740 26 61



**Erfolgreiche «Aktion Miteidgenossen» der Zürcher FDP
Zu Besuch bei den Waadtländer Radikalen**

Um die auch innerhalb der Freisinnig-Demokratischen Partei spürbaren Sprachgrenzen überwinden zu können, hat die FDP des Kantons Zürich die «Aktion Miteidgenossen» lanciert. Es gilt, die Zürcher dem Welschland und dem Tessin und diese Regionen den Zürchern näherzubringen. Als eigentliche Premiere im Rahmen dieser Aktion besuchten rund 130 Zürcher Freisinnige am 18./19. Oktober ihre Waadtländer Parteifreunde. Dieser Reise war ein voller Erfolg beschieden, bot sie einerseits Gelegenheit, Weinkeller an der Côte und die Waadtländer Alpen kennenzulernen, andererseits aber auch, persönliche Kontakte untereinander zu knüpfen und zu pflegen.

Eine Soirée vereinigte am Samstagabend im Palais de Beaulieu Zürcher und Waadtländer. Am Sonntag fuhren die Zürcher Freisinnigen mit einer stattlichen Waadtländer Delegation nach Château d'Œx, wo Bundespräsident Georges-André Chevallaz und Bundesrat Fritz Honegger zu ihnen stiessen.

Die Begrüßungsworte des Präsidenten der Waadtländer FDP, Paul René Martin, sowie ein Auszug aus den Presseberichten und insbesondere die Bilder vermögen einen Eindruck dieses Treffens widerzuspiegeln. Für den 23./24. Mai 1981 ist bereits ein Gegenbesuch in Zürich geplant, und in den folgenden Jahren sollen weitere Kontakte über die Sprachgrenzen hinaus geknüpft werden. (Bo)



Tages-Anzeiger

«An den Parteitagen sitzen wir leider an getrennten Tischen», sagte Jean-Pascal Delamuraz, Stadtpräsident von Lausanne; «heute aber sitzen wir unter Freunden am gleichen Tisch. Probleme wird es zwischen den verschiedenen Regionen der Schweiz und innerhalb der Partei auch weiterhin geben. Aber die Art, sie anzupacken, wird sich jetzt nach diesem persönlichen Kontakt ändern. Auch harte Auseinandersetzungen sollen den heutigen Händedruck nicht vergessen machen.»

Nationalrat Hans Georg Lüchinger, Präsident der FDP des Kantons Zürich, hob in seiner Ansprache hervor, dass wir die Chancen, die uns aus der Vielfalt unserer Heimat erwachsen könnten, zu wenig ausnutzen. «Wir reisen leichter in die USA als in die Romandie. Zum Glück haben wir heute die Möglichkeiten des Föderalismus wieder erkannt; Kantone und Gemeinden erhalten wieder mehr Kompetenzen und Verantwortung. Mit dem Föderalismus muss aber gleichzeitig auch die Freundschaft zwischen den verschiedenen Regionen wachsen, die als Klammer die einzelnen Teile zusammenhält.»

Neue Zürcher Zeitung

Ein zweitägiger Besuch im Waadland, an dem zürcherischerseits auch die beiden freisinnigen Regierungsräte und verschiedene eidgenössische, kantonale und städtische Parlamentarier teilnahmen, gestaltete sich sehr erfolgreich. Dies nicht zuletzt dank mehrmals durch Blumen zum Ausdruck gebrachten Sympathiebekundungen und einer Präsenz der Waadtländer Radikalen, die auch hinsichtlich politischer Prominenz der zürcherischen ebenbürtig war. Die beiden Bundesräte G.-A. Chevallaz und F. Honegger unterstrichen am Sonntag mit ihrer Anwesenheit die Bedeutung eines vermehrten kantonsüberschreitenden Miteinanders einer den gleichen Idealen und Zielen verpflichteten Partei.

Auf die aufkeimende Freundschaft zwischen Waadtländer und Zürcher Radikalen vermochte auch das «Infanteriewetter» keinen Rauhref zu legen, mit dem Bundesrat G.-A. Chevallaz in Château-d'Œx aufwartete.

Der Zürichbieter

War damit ein Ansatz zu einer erneuerten Betrachtungsweise zürcherischen Daseins im Bunde für die Waadtländer geschaffen, so intensivierte sich die gegenseitige Herzlichkeit am Sonntag ebenso sehr wie die zürcherische Neuerungsfähigkeit waadtländischer Gegebenheiten. Bei einem munteren Empfang in Montreux konnte Stadtpräsident und Nationalrat Jean-Jacques Cevey seine Gäste zwar mit einer zum Teil auf schweizerdeutsch gehaltenen Rede, doch infolge des puritanischen Polizeireglements während der Zeit des Kirchgangs auch mit einem ausschließlich alkoholfreien Morgentrunck überraschen.



Salut aux radicaux de Zurich

Chers amis radicaux du Canton de Zurich. Dans ce samedi matin frissonnant d'automne, les radicaux vaudois sont fiers de vous accueillir.

Oh, vous le savez, ils on peut-être été lents à se décider pour ce contact. Non pas qu'ils hésitaient à l'avoir, mais ils se demandaient ce qu'il allait signifier. Et nous autres Vaudois, nous aimons savoir à quoi cela «rime», comme on dit chez nous.

Vous nous l'avez dit: nous sentons que les relations entre la Suisse alémanique et la Suisse romande ne sont plus ce qu'elles étaient; l'habitude du stage d'un ou de l'autre côté de la Sarine, dans le jeune âge, s'est perdu pour les Alémaniques comme pour les Romands; lors de réunions à l'échelle du Pays, on se retrouve en fonction des langues; et, ce qui est plus grave, l'appartenance à une région linguistique regroupe les votes souvent plus que l'appartenance politique.

Vous nous avez convaincus qu'il fallait faire quelque chose, qu'il convenait de nous rappeler que nous étions des partenaires fidèles du même pays, que «Freisinnige» et «radicaux», enfin, appartenaient au même parti.



FDP-Schulkoordinationsinitiative

Unterschriftenkarten sofort einsenden!

Der letzten Ausgabe des «Freisinn» war eine Unterschriftenkarte für die eidgenössische Volksinitiative «Für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen» beigelegt. Bestimmt liegt eine Karte noch bei Ihnen und wartet darauf, unterschrieben und in den nächsten Briefkasten geworfen zu werden.

Helfen Sie mit, die Unterschriftensammlung zu einem guten Ende zu führen. Herzlichen Dank.

Weitere Unterschriftenkarten können bestellt werden bei: Sekretariat des Initiativkomitees, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38.



Vermögensverwaltung als Freizeit-Hobby? Der Rat des Fachmannes ist vorzuziehen.

Bärbank

BANK JULIUS BÄR & CO. AG
8022 Zürich, Bahnhofstrasse 36, Telefon (01) 228 51 11